

RESEARCH

Sabrina Schöttle

Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit

Eine empirische Studie mit Gender-Fokus

EXTRAS ONLINE



Springer VS

Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit

Sabrina Schöttle

Politische Online- Partizipation und soziale Ungleichheit

Eine empirische Studie mit
Gender-Fokus

 Springer VS

Sabrina Schöttle
Düsseldorf, Deutschland

Dissertation Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2019

D61

ISBN 978-3-658-28153-3 ISBN 978-3-658-28154-0 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-28154-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei Prof. Dr. Ulrich Rosar und Prof. Dr. Annette Schnabel bedanken, die meine Dissertation betreuten, mich ermutigten und mich in meinem Vorhaben unterstützten. Für kluges und hilfreiches methodisches Know-How bedanke ich mich besonders bei Dr. Bastian Rottinhaus. Ein großes Dankeschön geht an Dr. Johannes Krause, Anna Gaßner, Lena Masch, Dr. Hanna Hoffmann, Katharina Kunißen und Marco Wähler sowie an Dr. Tilo Beckers, Volker Vorwerk, Katharina Huseljić, Luisa Junghänel, Marlen Beckmann, Felicitas Reick und Roman Althans. Diese Arbeit entstand im Rahmen des inter- und transdisziplinär ausgerichteten NRW-Forschungskolleg *Online-Partizipation*. Für die Möglichkeit zur Realisierung meines Promotionsvorhabens in diesem Umfeld möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Die Menschen, die das Kolleg geprägt haben, haben einen bleibenden Eindruck hinterlassen und ich werde mich immer gerne an diese Zeit erinnern. Daher bedanke ich mich besonders bei Dirk Lahmann, Julian Ermert, Dr. Tobias Escher, Peter Gladitz, Dr. Lars Heilsberger, Prof. Dr. Martin Mauve, Nicole Najemnik, Franziska Ritter, Malte Steinbach, Nadja Wilker und Theresa Witt.

Thanks for offering me a research stay at LiuSE in Linköping, Sweden, in Summer 2018. Thanks a lot for your support, for Swedish Fika and Kanelbullar: Prof. Dr. Elin Whilborg, Dr. Mariana Gustafsson, Rebecca Elström, Carl-Johann Sommar.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei allen in meinem privaten Umfeld bedanken, die immer an mich geglaubt haben: Für die Vermittlung von schwäbischem Arbeitsgeist und Ehrgeiz meinen Eltern, Irmgard und Werner Schöttle. Bei meiner großen Schwester Daniela Schneider bedanke ich mich für die richtigen Worte zur richtigen Zeit und die kluge Kommentierung von Unkommentierbarem. Lieber Kirill Bogomasov, herzlichen Dank dafür, dass du vor allem im letzten Dissertationsjahr unermüdlich für mich da warst und mich moralisch unterstützt hast. Damit hast du die Welt ein Stückchen besser und lustiger gemacht. Für die Zuversicht und Lebensfreude bedanke ich mich herzlich bei meinen wunderbaren Freundinnen und Freunden im Rheinland (und ja, auch darüber hinaus). Allen voran: Laura Mlynarek für das Korrekturlesen (und alles!), Sophie Karow für die intellektuell wertvollen Pausen, Tobias Korfmacher für die sportliche Unterstützung sowie bei Anika Lütkemeyer, Vera Schulze, Mirko Seebeck, Saskia Wilhelmy und Gino Wernick. Danke, dass ihr für mich da gewesen seid.

Inhaltsverzeichnis

1 Politische Online-Partizipation von Frauen und Männern	1
1.1 Partizipation im Internet – Potential und Herausforderungen	1
1.2 Aufbau der Arbeit.....	20
2 Politische Partizipation – Eine Begriffsbestimmung	27
2.1 Politische Partizipation – Verschiedene Formen und Definitionen	27
2.2 Empirische Befunde zur politischen Repräsentation und Partizipation....	31
2.3 Digitalisierungsgrad und Internetnutzung als Rahmen für Partizipation..	36
3 Erklärungsmodelle politischer Partizipation	41
3.1 Sozioökonomisches Standardmodell und Civic-Voluntarism-Modell	41
3.2 Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen, Civic Skills	44
3.3 Sozialisation und politisches Interesse	48
3.4 Political Efficacy und Politikverdrossenheit	53
3.5 Motivation, Einflussnahme und Rational Choice.....	55
3.6 Big Five-Persönlichkeitsmerkmale.....	58
4 Das Geschlecht als Wissenskategorie	63
4.1 Gender – Soziales Geschlecht und Konstruktivismus	64
4.2 Diskurstheoretischer (De-)konstruktivismus nach J. Butler	68
4.3 Sex – Biologisches Geschlecht und Differenz- und Defizitthese	72
4.4 Sex und Gender – Unvereinbar?.....	75
5 Stereotype, Doing Gender und politische Partizipation	79
5.1 Stereotype und das Stereotype-Content-Modell.....	80
5.2 Geschlechterstereotype – Eine Begriffsbestimmung	83
5.3 Entstehung von Geschlechterstereotypen und Self-Fulfilling-Prophecy ..	85
5.4 Politische Partizipation und Stereotype	89

6 Das Geschlecht als Strukturkategorie	101
6.1 Strukturkategorie und Geschlechterverhältnisse	101
6.2 Sozialstrukturelle Geschlechterdifferenzen und Erklärungsfaktoren	102
6.3 Politische Kultur, soziale Räume und Rollenaufteilung	111
7 Online-Partizipation	119
7.1 Top-down organisierte Online-Partizipation auf lokaler Ebene	120
7.2 Bottom-up organisierte Online-Partizipation	130
7.3 Digitaler Wandel – Herausforderungen, und Potential für Partizipation	133
7.4 Chancen und Anforderungen von Online-Partizipation	140
7.5 Forschungslandschaft zur Teilnahme an Online-Partizipation	146
8 Hypothesen	159
8.1 Ableitung der Hypothesen	159
8.2 Motivationsmodell und Schematisierung der Hypothesen	191
9 Operationalisierung, Datenerfassung und Datenbereinigung	199
9.1 Methodische Konzeption – Operationalisierung	199
9.2 Datenerhebung, Feldverlauf und Ausschöpfung	214
9.3 Datenaufbereitung und Datenbereinigung	215
9.4 Repräsentativität der Stichprobe	222
10 Analyse von drei Bürgerbeteiligungsplattformen in NRW	227
10.1 Einschätzung der Partizipierenden	227
10.2 Methodisches Vorgehen, Rücklauf und Restriktionen	229
10.3 Empirische Analysen der NRW-Nachbefragungen	233
11 Empirische Analysen des Online-Surveys	245
11.1 Uni- und bivariate Analysen – Verschiedene Einflussfaktoren	245
11.2 Faktorenanalysen	281
11.3 Multivariate Analysen	289
11.4 Zusammenfassung der multivariaten Ergebnisse	330

12 Diskussion der Ergebnisse und Fazit	333
12.1 Diskussion der Ergebnisse.....	333
12.2 Schlussfolgerungen und Limitationen	361
Literaturverzeichnis	369

Der Anhang zu dieser Arbeit ist auf der Produktseite dieses Buches unter springer.com frei verfügbar.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Breitbandversorgung in den Kommunen in NRW	146
Tabelle 2	Übersicht Hypothesen zur Sozialstruktur	169
Tabelle 3	Übersicht Hypothesen zu den Big Five	173
Tabelle 4	Übersicht Hypothesen zur Internetaffinität	176
Tabelle 5	Übersicht Hypothesen zur politischen Sozialisation	177
Tabelle 6	Übersicht Hypothesen zur Political Efficacy.....	179
Tabelle 7	Übersicht Hypothesen zum politisch aktiven sozialen Umfeld..	183
Tabelle 8	Übersicht Hypothesen zum politischen Interesse	185
Tabelle 9	Übersicht Hypothesen zur Wahrnehmung der Plattform.....	188
Tabelle 10	Übersicht Hypothesen zu den Gründen der Nicht-Beteiligung ..	189
Tabelle 11	Übersicht Hypothesen zu AV 1a „Motivationsgrund der Einflussnahme“	193
Tabelle 12	Übersicht Hypothesen zu AV 1b „Potentielle Beteiligung“	194
Tabelle 13	Übersicht Hypothesen zu AV 2a „Nutzung“	195
Tabelle 14	Übersicht Hypothesen zu AV 2b „Nutzungsintensität“	196
Tabelle 15	Übersicht Hypothesen zu AV 3 „Bewertung“	197
Tabelle 16	Fragenformulierungen zur Motivation der Partizipierenden	202
Tabelle 17	Fragenformulierungen zur potentiellen Beteiligung.....	204
Tabelle 18	Fragenformulierungen zur Motivation der Nicht-Partizipierenden (2)	206
Tabelle 19	Fragenformulierungen zum politischen Interesse nach Themen und zu den Nachrichtenthemen	207
Tabelle 20	Fragenformulierungen zu den Geschlechterstereotypen	208
Tabelle 21	Fragenformulierungen zur politischen Sozialisation.....	209
Tabelle 22	Fragenformulierungen zur Internetnutzung.....	210
Tabelle 23	Quotierung der Stichprobe	211
Tabelle 24	Rücklauf des Online-Surveys	215
Tabelle 25	Abgleich der Altersangabe der individuellen Stammdaten von Respondi und der eigenen Erhebung.....	217
Tabelle 26	Bearbeitungszeit des Online-Surveys nach Median	218
Tabelle 27	Zusammenfassung der Bereinigung	219
Tabelle 28	Repräsentativität der Stichprobe – Alter	223
Tabelle 29	Repräsentativität der Stichprobe – Bundesländer.....	224
Tabelle 30	Repräsentativität der Stichprobe – Familienstand	225
Tabelle 31	Repräsentativität der Stichprobe – Schulabschluss	226

Tabelle 32	Fragenformulierungen zur Bewertung der NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen.....	231
Tabelle 33	Rücklauf der Befragungen zu den NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen (bereinigt).....	233
Tabelle 34	Teilnehmende: Gründe für Online-Partizipation nach Geschlecht.....	246
Tabelle 35	Nicht-Teilnehmende: Wunsch nach weiteren Beteiligungsmöglichkeiten.....	254
Tabelle 36	Big Five-Persönlichkeitseigenschaften nach Geschlecht und Teilnahme.....	261
Tabelle 37	Korrelationen zwischen Geschlechterstereotypen und Drittvariablen.....	266
Tabelle 38	Politisches Interesse nach Geschlecht und Teilnahme.....	270
Tabelle 39	Interesse kommunalpolitische Themen nach Geschlecht und Teilnahme.....	271
Tabelle 40	Offline-Beteiligung nach Geschlecht und Teilnahme.....	277
Tabelle 41	Sonstige Online-Beteiligung nach Geschlecht und Teilnahme ..	280
Tabelle 42	Lineare Regression auf den Index „Motivationsgrund Einflussnahme“.....	295
Tabelle 43	„Motivationsgrund der Einflussnahme“ – Angenommene und bestätigte Hypothesen.....	300
Tabelle 44	Lineare Regression auf den Index „Potentielle Beteiligung“ der Nicht-Teilnehmenden.....	303
Tabelle 45	Lineare Regression auf den Index „Potentielle Beteiligung“ der Nicht-Teilnehmenden.....	304
Tabelle 46	Mediationseffekte durch interne Political Efficacy auf potentielle Beteiligung mit Drittvariablen.....	308
Tabelle 47	„Potentielle Beteiligung“ der Nicht-Teilnehmenden – Angenommene und bestätigte Hypothesen.....	310
Tabelle 48	Logistische Regression auf die Nutzung von Online-Bürgerbeteiligungsplattformen – Hauptmodell.....	313
Tabelle 49	Logistische Regression auf die Nutzung von Online-Bürgerbeteiligungsformen – Erweitertes Modell.....	315
Tabelle 50	Mediationseffekte durch interne Political Efficacy auf die Nutzung von Online-Bürgerbeteiligungsplattformen.....	317
Tabelle 51	Nutzung Online-Bürgerbeteiligungsplattformen – Angenommene u. bestätigte Hypothesen.....	319

Tabelle 52	Logistische Regression auf die Nutzungsintensität	323
Tabelle 53	Nutzungsintensität – Angenommene und bestätigte Hypothesen.....	324
Tabelle 54	Lineare Regression auf den Index „Bewertung der Online- Bürgerbeteiligungsplattform“.....	328
Tabelle 55	Bewertung Online-Bürgerbeteiligungsplattform – Angenommene und bestätigte Hypothesen.....	329

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Ziele der in NRW durchgeführten Online-Beteiligungsverfahren	121
Abbildung 2	Motivationsmodell.....	192
Abbildung 3	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Verteilung der internen Political Efficacy in der Stichprobe...	235
Abbildung 4	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Verteilung der externen Political Efficacy in der Stichprobe ..	235
Abbildung 5	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Offline-Partizipation der Partizipierenden nach Geschlecht....	237
Abbildung 6	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Sonstige Online-Partizipation der Partizipierenden nach Geschlecht.....	238
Abbildung 7	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Partizipierende haben über Plattform gesprochen nach Geschlecht.....	240
Abbildung 8	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Art der Beteiligung auf der Plattform nach Geschlecht.....	241
Abbildung 9	NRW-Online-Bürgerbeteiligungsplattformen: Perzipierte Einflussnahme	243
Abbildung 10	Teilnehmende: Auf Plattform aufmerksam geworden.....	247
Abbildung 11	Teilnehmende: Über Plattform gesprochen	247
Abbildung 12	Nicht-Teilnehmende: Potentielle Suche nach Plattformen.....	248
Abbildung 13	Nicht-Teilnehmende: Potentielle Beteiligung an einer Online-Plattform.....	249
Abbildung 14	Nicht-Teilnehmende: Gründe bisherige Nicht-Beteiligung.....	250
Abbildung 15	Teilnehmende: Bewertung der Benutzerfreundlichkeit.....	252
Abbildung 16	Teilnehmende: Bewertung einzelne Möglichkeiten der	253
Abbildung 17	Verteilung des Alters nach Teilnahme	258
Abbildung 18	Verteilung von Geschlechterstereotypen nach Geschlecht.....	263
Abbildung 19	Verteilung von politischer Sozialisation nach Teilnahme	267
Abbildung 20	Verteilung des Interesses für kommunalpolitische Themen nach Geschlecht.....	270
Abbildung 21	Verteilung des Interesses für Nachrichtenthemen nach Geschlecht.....	274
Abbildung 22	Verteilung von Offline-Beteiligung nach Geschlecht	278

Abbildung 23	Verteilung von sonstiger Online-Partizipation nach Geschlecht.....	281
Abbildung 24	Verteilung der Variablen des „Motivationsgrunds Einflussnahme“	286
Abbildung 25	Verteilung der Variablen der „Potentiellen Beteiligung“	287
Abbildung 26	Verteilung der Variablen der „Bewertung der Plattform“	288
Abbildung 27	Interaktionseffekt Geschlecht * Politische Beteiligung im sozialen Umfeld auf den „Motivationsgrund Einflussnahme“ ..	296
Abbildung 28	Darstellung der Mediation auf den „Motivationsgrund Einflussnahme“, unter Berücksichtigung von Drittvariablen ..	298
Abbildung 29	Interaktionseffekt Geschlecht * Potentielle Beteiligungsthemen „Jugend & Familie“ auf „Potentielle Beteiligung“	306



1 Politische Online-Partizipation von Frauen und Männern

1.1 Partizipation im Internet – Potential und Herausforderungen

Die digitale Revolution verändert nicht nur zahlreiche Bereiche der Wirtschaft, der Forschung und des täglichen Lebens, sondern auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an für sie relevanten Entscheidungen. Politische Partizipation im Internet, die alle sozialen Gruppen adäquat einschließt und geschlechtergerecht stattfindet, stellt ein zukunftsweisendes Anliegen in einer so modernen und hochindustrialisierten Nation wie der Bundesrepublik Deutschland dar¹. Und doch ist nach wie vor unklar: Wer partizipiert online politisch, und warum? Als Teil der Inklusion verschiedener sozialer Gruppen ist die Geschlechtergerechtigkeit in der Politik, so zumindest der allererste Blick, in der Bundesrepublik mehr als erfüllt: Die Anfang des Jahres 2019 amtierende Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, gilt laut des renommierten *Forbes Magazine* aus den USA zum siebten Mal in Folge als die mächtigste Frau der Welt (Forbes Magazine 2018a). Auf der Liste der weltweit einflussreichsten Personen rangiert Merkel in der *Forbes*-Rangliste auf dem vierten Platz noch vor *Amazon*-CEO Jeff Bezos und Papst Franziskus² (Forbes Magazine 2018b). Auf *Spiegel Online* wurde Merkel Ende des Jahres 2018 als Weltpolitikerin bezeichnet (Hoffmann 2018). Das *Times Magazine* ernannte Merkel als „Kanzlerin der freien Welt“, womit sie als eine der einflussreichsten Personen des Weltgeschehens bezeichnet wurde (Vick 2015). In internationalen Medien wird Merkel oft in übermächtigen Positionen dargestellt. 2013 wurde Merkel auf der Titelseite des britischen Magazins *The Economist* als Säulenheilige mit der Aufschrift „One Women to rule them all“ – „Eine Frau, um sie alle zu beherrschen“ illustriert (The Economist 2013).

Im Ausland erscheint Deutschland mit einer Frau an der politischen Spitze über Jahre hinweg damit auf den ersten Blick als Musterland der Gleichberechtigung in der Politik und damit gar als exzeptionelles Vorbild, verglichen mit anderen Nationen. Die Bundesrepublik Deutschland mit einer Frau am Peak des politischen

¹ Die im Rahmen dieser Dissertation durchgeführten Forschungsarbeiten waren Teil des durch das Land Nordrhein-Westfalen geförderten NRW-Forschungskollegs „Online-Partizipation“.

² Die Liste von 2017 benennt 75 Personen, darunter fünf Frauen (Stand 07/18; Forbes Magazine 2018b).

Geschehens wird also als ein Exempel in Anspruch genommen, um die Gleichberechtigung der Geschlechter im Politischen näher zu beleuchten. Politik spielt sich jedoch nicht nur an der Spitze der Macht einer Nation, sondern auch auf niedrigeren Niveaus ab. Alltags- und bürgernahe Politik findet in erster Linie nicht auf nationaler, sondern vor allem auf der kommunalpolitischen Ebene sowie im Bereich der unkonventionellen politischen Beteiligung statt. Regionale Themen wie beispielsweise Kindertagesstätten in der Umgebung, lokale Bebauungspläne oder örtlicher Nahverkehr werden in der Kommunalpolitik bearbeitet. Als niedrigschwellige Ebene der Politik bietet sie vergleichsweise einfachen Zugang zu Politik für ein breites Bevölkerungsspektrum. In den kommunalen Führungsgremien können politische Schlüsselqualifikationen wie Verhandlungs- und Diskussionsicherheit erworben sowie Netzwerke geknüpft werden. Dies kann für das politische Engagement und darüber hinaus für die politische Karriere von überaus bedeutender Rolle sein³. Doch selbst im 21. Jahrhundert finden sich hier deutliche Geschlechterunterschiede: In der Kommunalpolitik liegt der Frauenanteil bei rund 27% (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 10). In keiner Partei wird ein Frauenanteil von 50% erreicht. Am niedrigsten ist der Anteil an Frauen bei der AfD mit 16%, am höchsten bei den Grünen mit 39% (Niedermeyer 2017).

Die Rathäuser in den Städten und Gemeinden werden in der Regel von einem Mann als Landrat oder Oberbürgermeister angeführt. In den Großstädten sind lediglich 8% der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister weiblich und hauptamtlich tätig (Stand: Februar 2017; Holtkamp et al. 2017). Die ungleiche Repräsentation von Männern und Frauen bleibt nicht folgenlos: Erfahrungsberichte von Kommunalpolitikerinnen machen deutlich, dass in der Kommunalpolitik nach wie vor hauptsächlich Männer politische Entscheidungen fällen und als eine Folge dessen die relevanten Parteipositionen einnehmen. Frauen würden hingegen vielmehr belächelt und eher als harmoniebedürftig, denn als ernsthafte und kompetente Gesprächs- und Verhandlungspartnerinnen wahrgenommen. Eine qualitative Annäherung an Kommunalpolitikerinnen in Nordrhein-Westfalen (NRW) während der

³ Nicht selten beginnen politische Karrieren auf Landes- und Bundesebene in den Orts- und Kreisverbänden von Parteien. Mitgliedschaft und Engagement in Parteien zählen zu politischer Partizipation in ihrer institutionalisierten Form, was im weiteren Verlauf erneut aufgegriffen wird.

Konzeptionsphase dieser vorliegenden Dissertation brachte entsprechende Erkenntnisse (SGK Gesprächsprotokoll 2015). Außerdem würden Frauen in Ortsvereinen von Parteien in Diskussionen und Vorträgen regelmäßig unterbrochen, beziehungsweise kämen erst gar nicht zu Wort. Frauen selbst stellten sich, verglichen mit ihren männlichen Mitstreitern häufiger selbst in Frage und seien unsicher, was sie in politischen Versammlungen und Debatten zurückhaltend mache. Ihr Gesprächs- und Diskussionsstil sei mehr auf Einigung denn auf Hierarchisierung aus. Männer hingegen führten mehr *face-to-face* Gespräche vor und nach den jeweiligen Versammlungen, wohingegen Frauen dazu tendierten, Netzwerke zu vernachlässigen. Die wichtigsten Gespräche fänden demnach nicht in den Sitzungen, sondern an den Theken der Ortskneipen zu später Stunde statt, wenn Frauen bereits zuhause, bei der Familie seien. Werden die Diskussionen ohne Frauen (weiter-)geführt, fehlten Meinungen von Frauen gänzlich (SGK Gesprächsprotokoll 2015). An diesen beispielhaften Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen zeigt sich, dass Vorurteile und stereotypisches Denken gegenüber Frauen und Männern Einfluss auf das politische Verhalten haben. Weiterhin würden Listenplätze, sofern vorhanden, nicht nach Kompetenz, sondern aufgrund der Eingebundenheit und Position in männlich geprägten Netzwerken vergeben (SGK Gesprächsprotokoll 2015).

Aus diesen Erfahrungsberichten kann gefolgert werden, dass neben Ungleichgewichten zwischen Männern und Frauen auf der kommunalpolitischen Ebene ein Bewusstsein für eine daraus resultierende Problemlage nur bedingt vorhanden ist⁴. Westle zufolge seien in Deutschland Männer gegenüber Frauen in der Politik nach wie vor skeptisch eingestellt (Westle 2009: 160f.). Immer noch werden Frauen und Männern spezifische politische Kompetenzbereiche zugeordnet, entsprechend geschlechterstereotypischen Einstellungen. In der Tendenz werden Frauen mehr den sogenannten „weichen“ politischen Bereichen wie Familie, Gesundheit, Gleichberechtigung, Bildungs- und Sozialpolitik zugeschrieben, wohingegen

⁴ Auf diese Problematik wurde bereits in einer frühen Version eines Artikels zur Online-Bürgerbeteiligung hingewiesen (vgl. Schöttle 2016a).

Männer mehr in den „martialischen“ politischen Bereichen wie Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie dem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus verortet werden (Westle 2009, Brunsbach 2011).

„Gleichzeitig vertreten allerdings auch große Teile der Bevölkerung die Auffassung, dass es keine relevanten Unterschiede in den Kompetenzen der Geschlechter in der Politik gebe. Damit, aber auch mit den traditionellen Gender-Orientierungen hängt zusammen, dass Mehrheiten keine Verstärkung des Anteils von Frauen in politischen Führungsrollen wünschen. Diese Konsequenz eines kritischen Blicks auf die Geschlechterverhältnisse wird nur von etwa 30% der Männer und 45% der Frauen gezogen“ (Westle 2009: 160f.).

Diese Einschätzung passt zu der mehrheitlich verbreiteten Auffassung unter Männern, es sei bereits genug getan für das Ziel der Gleichstellung (Westle 2009).

„Vor dem Hintergrund, dass Frauen bislang in politischen Führungsrollen massiv unterrepräsentiert sind, ist der Wunsch nach mehr Frauen allerdings bei weitem nicht so stark verbreitet, wie man erwarten müsste, wenn demografisch faire Repräsentation für die Bürger/innen ein bedeutsames politisches Ziel wäre. Möglicherweise wird der Frauenanteil in der Politik von der Wählerschaft auch überschätzt.“ (Westle 2009: 149).

Politik auf der Führungsebene, die am ehesten den Weg in die Medienberichterstattung und dadurch in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürgerinnen findet, stellt eine Seite des politischen Geschehens dar. Eine andere Seite der politischen Gestaltungsmacht findet sich in den Parlamenten und Gremien, nicht nur auf Bundes-, auch auf Landes- und Kreisebene. In den Verwaltungsspitzenpositionen von Landtagen, kreisfreien Städten und Bezirken sind im bundesdeutschen Durchschnitt nur 11% Frauen tätig (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 16). Sieht man von Kanzlerin Angela Merkel an der Spitze der Nation ab, sind von den Staatssekretärinnen und -sekretären, Staatsrätinnen und Staatsräten oder Ministerialdirektorinnen und Ministerialdirektoren 24% weiblich. In den Bundesbehörden sind 33% der Führungspositionen mit Frauen besetzt (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 18f). Der 19. Deutsche Bundestag konnte 2018 einen Frauenanteil von 31% vorweisen (Bundestag 2017). Diese Ebene ist also ebenfalls von einem ausgeglichenen Verhältnis von Männern und Frauen ein ganzes Stück weit entfernt.

Nicht nur in politischen Gremien, Parteien und Verwaltungen, auch in den Medien kann eine Unterrepräsentation von Frauen in politischen Beiträgen und Diskussionen festgestellt werden. In Vortrags- und Expertenrunden, vor allem zu politi-

schen Themen, sind Frauen unterrepräsentiert. Beispielsweise ist dies in Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender von *Anne Will* bis *Hart aber fair* zu beobachten, bei denen im Plenum oftmals nur eine Frau unter vier oder fünf männlichen Gästen sitzt. Männer und Frauen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden in den Medien nicht gleichermaßen dargestellt und repräsentiert, selbst wenn hier ein allmählicher Wandel festgestellt werden kann (Lünenborg & Röser 2012).

Erfahrungsberichte und wissenschaftliche Studien zeigen einen Einfluss der Geschlechterverhältnisse auf politische Diskussionen. Wortmeldungen, Beitragsqualität und -quantität können sich dementsprechend unterscheiden (Karpowitz et al. 2012; SGK Gesprächsprotokoll 2015). Sind Frauen⁵ in gesellschaftlichen und politischen Diskussionsrunden nicht präsent, kommen nicht zu Wort, werden unterbrochen oder nicht ernst genommen, kann sich daraus die Wirkung ergeben, als hätten sie nichts zu sagen oder als würden sie dem bereits Gesagten stillschweigend zustimmen. Äußern sich Frauen nicht oder zu wenig, liegt es auf der Hand, anzunehmen, sie hätten keine besonderen oder anderen Bedürfnisse als Männer. Dies kann auf Diskussionsrunden im Ortsverein einer Partei genauso angewandt werden wie für politische Diskussionen oder Abstimmungen auf Online-Plattformen, was es weiter zu erörtern gilt.

Die Legitimierung einer geschlechtergerechten politischen Repräsentation und Partizipation ist nicht von objektiver, sondern von normativer Natur. Zahlreiche Demokratietheorien halten eine geschlechtergerechte Teilhabe und Repräsentation von Frauen und Männern nicht als notwendig für das Gelingen einer Demokratie. In den meisten Demokratie- und Partizipationstheorien ist das Geschlecht nicht von besonderer Bedeutung. Außerdem hatten Frauen lange Zeit kein Wahlrecht. Nach Abraham Lincoln bezieht sich das demokratische Selbstverständnis auf „government of the people, by the people, for the people“ (Lincoln 1863; übers.

⁵ Dieser Abschnitt, bis einschließlich Seite 9 oben (Zitat Schwan), wurde bereits in einer leicht abgewandelten Version in einem bereits publizierten Artikel erwähnt (vgl. Schöttle 2016a). Ähnliches gilt für eine weitere, bereits veröffentlichte Publikation, in welcher der Inhalt dieses Abschnitts stark gekürzt ebenfalls aufgeführt wird (vgl. Schöttle 2017).

Krippendorff 1994). Bei dieser Definition wird eine geschlechtergerechte Verteilung von „people“ jedoch nicht vorausgesetzt. Vielmehr wird überhaupt nicht festgelegt, wer das Volk eigentlich ist, es könnten damit also auch lediglich männliche Bürger bezeichnet sein. Eine gleichmäßige, geschlechtergerechte Repräsentation wird verschiedenen Demokratietheorien folgend nicht als maßgeblicher Faktor für das Funktionieren und Gelingen einer Volksherrschaft gesehen (Massing 2003; Schultze 2003). Die klassischen Autoren der politischen Theorie verorten Männer und Frauen keinesfalls gleichberechtigt im politischen Prozess. Unter anderem wird Männern nachgesagt, dass sie Frauen an Weisheit und körperlicher Stärke überragten und diese aufgrund fehlender Merkmale keine vollständigen Gesellschaftsmitglieder wie Männer seien. Frauen wurden lediglich als Untertaninnen gesehen. Weitere Klassiker der politischen Theorie verweisen Frauen ebenso in den Bereich des Privaten, weg vom öffentlichen und politischen Raum ohne politische Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte (Aristoteles 1986, 1998; Platon 1982; Hegel 1952; Machiavelli 2016). Erkannt wurde diese systematische Benachteiligung von Frauen ebenfalls früh, wie die 1792 erschienene Schrift von Mary Wollstonecraft zu „The Vindication of the Rights of Women“ (Wollstonecraft 2008) verdeutlicht, die den Beginn der feministischen Theoriebildung markiert. Auch die partizipatorische Demokratietheorie erstrebt die

„(...) politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teil-Geben einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens“ (Schmidt 2010a: 236).

Im Sinne der partizipatorischen Demokratietheorie kann politische Partizipation als Gradmesser einer modernen repräsentativen Demokratie gesehen werden. Verglichen mit anderen Demokratietheorien ist dieser Repräsentationsbegriff als relativ einfach einzustufen. Eine Unterrepräsentation und ungleiche politische Beteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, Schichten oder Milieus entspricht nicht dem Ansatz der partizipatorischen Demokratietheorie und kann als „defizitär“ bezeichnet werden (Geißel & Penrose 2003; Sauer 1994; Holland-Cunz 1998; siehe auch Schmidt 2010a: 236-243). Die Inklusion verschiedener sozialer Gruppen, von Männern und Frauen in die Politik in all ihren Bereichen, in die politische Entscheidungsfindung, ist demzufolge von Relevanz. Entsprechend des „Concept of Representation“ von Pitkin, sind gewisse Charakteristika der Repräsentierten durch die Repräsentantinnen und Repräsentanten zu teilen (Pitkin 1967), wozu auch das Geschlecht gehört (siehe auch Young 2002). Dabei handelt es sich nicht

um eine objektive Begründung, vielmehr ist diese moral-politische Frage als eine normative zu betrachten.

Die Sichtweise jener partizipatorischen Demokratietheorie erlaubt es, das Geschlecht der Bürgerinnen und Bürger in die demokratietheoretische Betrachtungsweise miteinzubeziehen. Das Geschlecht ist in der Regel eines der ersten Merkmale, anhand dessen sich Menschen bei ihrer ersten Begegnung gegenseitig einschätzen und kategorisieren (Küppers 2012; Richter-Appelt 2012, Warner 1991). Es stellt nicht nur einen Faktor und ein Merkmal sozialer Ordnung von besonderer Relevanz dar, sondern prägt die Gesellschaft durch verschiedene Dynamiken. Die Geschlechterzugehörigkeit beeinflusst die gesellschaftlichen Strukturen und das soziale Handeln, bewusste als auch unbewusst. Selbst wenn anderen sozialen Ordnungsfaktoren und -prinzipien durchaus Relevanz zukommt, ist das Geschlecht ein Faktor, der die Gesellschaft in hohem Maße prägt und ordnet. Anhand des Geschlechts können mehrere Dimensionen sozialer Ungleichheit näher betrachtet werden: Durch die Verknüpfung des Faktors „Geschlecht“ mit anderen sozialen Faktoren ergeben sich komplexe soziale Ungleichheitskonstellationen: Beispielsweise hängen mit dem Geschlecht Bildung, Einkommen und beruflicher Status zusammen, welche wiederum auf politische Partizipation wirken können (Geißler 2014: 373-412).

Mit einer Unterrepräsentation bestimmter Gesellschaftsgruppen in der Politik, und damit einer unvollständigen Inklusion, können weitere Wirkungen, auch mit Bezug auf die Legitimität politischer Entscheidungen sowie des politischen Systems, verbunden werden. Ungleiche Chancen, Zugänge und Möglichkeiten können zu ungleichmäßiger Repräsentation aller Gesellschaftsmitglieder und deren Interessen führen. Eine Folge dessen ist eine ungleichmäßige Einwirkung von Bedürfnissen, Meinungen und Interessen auf den politischen Entscheidungsprozess. Politische Beteiligung transportiert unterschiedliche Interessen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in das politische System. Nur auf diese Weise kann dieses zielgruppengerechte Politiken entwickeln. Bestimmte soziale Gruppen, Schichten, Klassen oder Milieus, aber auch Männer und Frauen müssen demnach gleichermaßen in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sein. Der demografische Querschnitt der Bevölkerung muss folglich abgebildet sein, da ansonsten

soziale Ungleichheiten geschaffen, beziehungsweise verstärkt werden. Ein Fokus dieser Studie soll auf Geschlechterverhältnissen liegen. Demokratien, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, können alles in allem, nicht nur mit Bezug auf die Legitimität, als unvollständig und als „defizitär“ bezeichnet werden, so die Autorinnen und Autoren Geißel & Penrose (2003), Sauer (1994) sowie Holland-Cunz (1998). Dafür kann als Grund die ungleichmäßige Vertretung von Frauen im politischen Prozess aufgeführt werden, da keine Bevölkerungsgruppe ausgeschlossen sein darf. Dies würde nicht der partizipatorischen Demokratietheorie entsprechen (Schmidt 2010a: 236-243).

Außerdem müssten die von Männern unterschiedlichen Bedürfnisse, Erfahrungen und Interessen von Frauen in den politischen Prozess einfließen. Zudem dürfe Politik nicht die Hälfte der Bevölkerung ausschließen (vgl. Geißel & Penrose 2003: 2; Meyer 1992). Gleichmäßige Partizipation und Repräsentation von Frauen und Männern kann folglich als eine Voraussetzung für das Gelingen von Demokratien betrachtet werden. Die Unterrepräsentation von Frauen im Bundestag, in Länder- und Kommunalparlamenten verdeutlicht eindrücklich, dass sich Frauen weniger als Männer in konventionellen Formen politischer Partizipation wie in Parteien engagieren und seltener repräsentative Posten bekleiden. Entsprechend des Verständnisses der partizipatorischen Demokratietheorie ist jedoch eine Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder, also auch eine geschlechtergerechte Beteiligung normativ erstrebenswert. Dieser normative Anspruch einer Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Politik ist jedoch, wie die empirischen Befunde zeigen, keineswegs erfüllt.

Mögliche Erklärungen dafür finden sich auf unterschiedlichen Ebenen. Durch bestimmte Verhaltens- und Einstellungsweisen ist es möglich, dass Geschlechterverhältnisse in der Politik, gleich welcher Art, nicht die Gleichberechtigung von Männern und Frauen anvisieren, sondern dass strukturelle Geschlechterungleichheiten weiter (re-)produziert werden. Zudem spielt es eine Rolle, welche Vorstellung von Politik existiert und welche Art von Politik gewünscht beziehungsweise angestrebt wird. Kategorien von dem, was als „weiblich“ und „männlich“ gilt, können durch entsprechendes Verhalten, auch mit Bezug auf die Politik, reproduziert werden. Dabei ist von Relevanz, welche politischen Kompetenzbereiche mit Frauen und Männern in Verbindung gebracht werden und inwiefern dies geschlechterstereotypischen Einstellungen entspricht. Inwieweit de facto bestimmte „weibliche“

Themen durch Frauen in die politische Debatte eingebracht werden, ist von weiteren Faktoren abhängig, die nicht außen vor gelassen werden dürfen. Brunsbach erörterte für den Deutschen Bundestag, dass durch Frauen zwar tendenziell mehr frauenspezifische Themen in den Bundestag einfließen, dies jedoch von der Parteizugehörigkeit und von der jeweiligen derzeitigen politischen Problemlage beeinflusst würde (Brunsbach 2011).

Die Politikerin und Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan sagte in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* zum Thema „Frauen und Macht“:

„Das, was mich relativ spät vom Feminismus überzeugt hat, war der Gedanke, dass die Lebenserfahrung und die Perspektive von Frauen wichtig sind für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft sowie im öffentlichen Leben. Es täte unserer Gesellschaft ganz einfach gut, wenn Frauen sich dort noch mehr engagierten“ (Schwan 2015).

Eine ungleiche Repräsentation, Mitgestaltung und Diskussion⁶ politischer Entscheidungen und Machtverhältnisse von Männern und Frauen in der Politik bleibt folglich nicht ohne Auswirkungen bezüglich Repräsentation, politischer Entscheidungs- und Gestaltungsmacht sowie Problemartikulation und -wahrnehmung. Darüber hinaus mangelt es an Vorbildern von Frauen in politischen Bereichen, die Orientierung für junge Mädchen und damit potentiellen Nachwuchs darstellen können. In der Vergangenheit bis hin zur Gegenwart sind vor allem Männer in der Politik tätig gewesen und haben damit verbindliche Entscheidungen für beide Geschlechter getroffen. Darunter fallen auch Entscheidungen, die hauptsächlich Frauen betreffen. Beispielhaft ist dies an den Debatten über frauenspezifische Themen wie *Abtreibung* und damit über das Selbstbestimmungsrecht der Frau erkennbar, sowie jüngst an der Diskussion über das Werbe- und Informationsverbot bezüglich Abtreibungen⁷. Frauen haben Bieber folgend „andere Bedürfnisse, Erfahrungen und Interessen [...], die in angemessener und personifizierter Weise in die

⁶ Dieser Abschnitt bis zur Mitte der folgenden Seite wurde bereits in einem schon publizierten Artikel in leicht abgewandelter Form erwähnt (vgl. Schöttle 2016a).

⁷ Anhand von diesem Beispiel zeigt sich ein Aufeinandertreffen unterschiedlicher Lebenserfahrungen und Einstellungen sowie kontroverser Diskussionen, bis hin zu rechtlichen Auseinandersetzungen wie im Fall der Gießener Ärztin Kristina Hänel. Sie hatte gegen das sogenannte „Werbeverbot“ für Abtreibungen nach Paragraph 219a geklagt und verloren (Süddeutsche.de 2018).

Politik gebracht werden müssen“ (Bieber 2013: 42), was dieses Beispiel verdeutlicht. Politische Entscheidungen und Gesetze müssen demnach von beiden Geschlechtern gleichermaßen besprochen, debattiert und getroffen werden.

Politische Entscheidungen als auch politisches Engagement werden von bestimmten Kontexten geprägt. Politisch-administrative, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Strukturen bilden den Rahmen für politische Partizipation und sind relativ änderungsresistent. Diese Ordnung, in denen Männer und Frauen leben und sozialisiert werden, ist noch heute männlich dominiert. Lebenswelten von Männern und Frauen sind immer noch nicht äquivalent beziehungsweise gleichberechtigt, was das soziale Handeln und Verhalten prägt. Politik in ihrer institutionalisierten Form wurde einst von Männern geschaffen, was vor allem daran liegt, dass Frauen in den ersten Jahren und Jahrzehnten der Bundesrepublik entsprechend dem traditionell-konservativen Geschlechterrollenbild in der Regel im privaten, familiären und häuslichen und nicht im öffentlich-politischen Bereich verortet waren (Schöttle 2016b). Als sich diese Einstellungen allmählich aufweichten und damit einhergehend Frauen zunehmend politisch aktiv wurden, war dieses politisch-parlamentarische System bereits entsprechend gefestigt und männlich dominiert (vgl. Hoecker 2008: 15; siehe auch Schöler-Macher 1994). In der Anfangszeit der Bundesrepublik, als sich das politische System Westdeutschlands etablierte, waren die öffentlichen Spitzen- und Machtpositionen nahezu ausschließlich männlich besetzt (Geißler 2014: 391ff.). Männlich geprägte Netzwerke beeinflussten das politische Geschehen und Entscheiden. Frauen erschienen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik lediglich vereinzelt in der Politik. Zwar war die Bundeskanzlerin Anfang des Jahres 2019 eine Frau, auf die Jahre der Bundesrepublik verrechnet, liegen die Jahre der Kanzlerinnenschaft jedoch lediglich bei einem Anteil von rund 19%. Das heutige politische System ist wesentlich nach den Interessen und Lebenserfahrungen von Männern geformt und dominiert, was Auswirkungen und Vorbildcharakter für Frauen hat, die sich politisch engagieren wollen (vgl. Schöler-Macher 1994: 103). Politische Themen werden noch heute auch auf Bundes- und Landesebene vornehmend traditionell-konservativen Einstellungen entsprechend Männern oder Frauen zugewiesen: Im Allgemeinen steht eine Frau an der Spitze des Familienministeriums und ein Mann führt das Außenministerium an. Nicht nur institutionelle, auch informelle Macht- und Entscheidungsstrukturen sind demzufolge nach wie vor von Männern geprägt. Dies kann so weit gehen,

dass eingefahrene patriarchale Strukturen, die sich in der Vergangenheit etabliert haben sowie männliche Netzwerke Frauen und ihre Interessen ausschließen und zu einer Fremdheit von Frauen im politischen Betrieb führen (vgl. Hoecker 2008: 15, siehe auch Burns et al. 2001).

Zudem beeinflusst das politische Interesse nicht nur maßgeblich die Wahlbeteiligung, sondern auch die darüber hinaus gehende politische Partizipation (siehe u.a. Mays 2009; Westle & Schoen 2002; Lange et al. 2013). Repräsentative Umfrageergebnisse zeigen einen knapp halb so hohen Anteil von Frauen wie Männern, die ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik angeben (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2017a). Entsprechend der partizipatorischen Demokratietheorie ist ein geringeres politisches Interesse von Frauen normativ als problematisch einzuordnen. Weiterhin unterliegt das politische Interesse sozialstrukturellen Einflüssen wie unter anderem der Bildung (u.a. Mays 2009; Westle & Schoen 2002; Lange et al. 2013), welche wiederum zwischen Männern und Frauen unterschiedlich sein können. Dadurch können politisches Interesse und politische Partizipation beeinflusst sowie sozialstrukturell spezifische Verhaltensformen hervorgebracht werden. Jedoch ist ebenfalls zu erwähnen, dass sich bei der Wahlbeteiligung als grundlegende politische Partizipation von Frauen und Männern bis auf eine Nachkommastelle, auf Bundes- und Länderebene, keine Geschlechterunterschiede finden lassen (vgl. Destatis 2018a: 11).

Gleichwohl ist von einem Einfluss des politischen Interesses auf Offline- als auch auf Online-Partizipation auszugehen. Die Frage, inwieweit sich Geschlechterdifferenzen im Bereich der Online-Partizipation wiederfinden und inwiefern *Doing Gender* in diesem Feld stattfindet, wurde bislang nicht hinreichend geklärt. Möglicherweise lässt sich *Doing Gender* im Bereich des Politischen von der Offline- auf die Online-Welt übertragen, möglich ist andererseits aber auch, dass sich aufgrund der unterschiedlichen Strukturen, Kontexte und Partizipationsmöglichkeiten abweichende Muster finden lassen.

Um das Potential sowie die Risiken des Internets für politische Beteiligung zu erforschen, ist ein weiterer Blick auf den historisch gewachsenen Kontext der poli-

tischen Partizipation in Deutschland unumgänglich. Traditionell gehört zu der politischen Mitgestaltung in erster Linie die Teilnahme an Wahlen und das Engagement in Parteien, wodurch politische Entscheidungen beeinflusst werden sollen und können. Politische Partizipation jenseits der konventionellen Formen war lange Zeit in der Bundesrepublik nicht vorgesehen, was mit einem mühsamen Start gleichgesetzt werden kann. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik war eine andere Mitbestimmung als jene von Wahlen und parteilichem Engagement vom Gesetzgeber weder gewünscht, noch in weiterem Ausmaße geduldet. Politische Partizipation war von Seiten des Grundgesetzes nur bedingt vorgesehen, was als Ausdruck des Misstrauens des Staates gegenüber seinem eigenen Volk gedeutet werden kann (siehe auch Schildt & Siegfried 2009: 204). Die vorhergegangene Zeit des Nationalsozialismus prägte die Bundesrepublik. Nach Almond und Verba kann die Bundesrepublik der 1950er- und 60er-Jahre als Untertanenkultur bezeichnet werden. Einerseits gekennzeichnet durch hohe Zufriedenheit und hohes Vertrauen in den politischen Output, jedoch andererseits mit nur wenig politischem Bewusstsein, wenig politischer Diskussionsbereitschaft und Probleme, eigene Interessen in die Politik einzubringen sowie einer Neigung zur Unterordnung (Almond & Verba 1989). Das Bedürfnis nach demokratischer Mitbestimmung neben Wahlen, die lediglich im Abstand von mehreren Jahren stattfinden, äußerte sich deutlich sichtbar mit den aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen der 1960er- und 70er-Jahre wie der Frauenbewegung oder der Anti-Atomkraft-Bewegung (u.a. Roth & Rucht 2008; Gerhard 2008; Schnabel 2001). Mit den Jahren des Bestehens der Bundesrepublik etablierten sich mehr und neue Formen der politischen Beteiligung, um über die etablierten Formen hinaus Einfluss auf das politische System und auf politische Entscheidungen zu nehmen. Das Bedürfnis nach demokratischer Mitbestimmung neben Wahlen und konventioneller Parteiarbeit ist in den letzten Jahren angestiegen und wird mehr und mehr eingefordert. Das Internet kann womöglich hier ein großes Potential bereitstellen. In der Bevölkerung liegt gegenwärtig eine angestiegene Erwartungshaltung gegenüber der Demokratie vor (Bertelsmann Stiftung 2014). Ereignisse der letzten Jahre wie die Proteste gegen die aktuelle Mietsituation in Großstädten, gegen das Bauvorhaben Stuttgart 21, aber auch Solidaritätsbekundungen gegen Hass und Rassismus wie unter dem Stichwort „Unteilbar“, verdeutlichen dies.

Auf der einen Seite sind die Entscheidungsprozesse in repräsentativen Demokratien für einen Großteil der Bevölkerung unverständlich und können mitunter träge und intransparent erscheinen. Auf der anderen Seite ist es schwierig, ohne Fach- und Expertenwissen verantwortbare Entscheidungen zu treffen, da politische Entscheidungen größtenteils sehr komplex sind. Gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten verfügen über dieses Wissen, das sie im besten Fall im Politischen einsetzen und entsprechende verbindliche Entscheidungen für die Bevölkerung treffen. Damit sind sie gleichermaßen Adresse und Vermittlungsstelle informeller Bürgerbeteiligung. Werden Partizipationsmöglichkeiten durch diese gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, durch Politik und Verwaltung ins Leben gerufen, handelt es sich um top-down organisierte Partizipation. Bottom-up organisierte politische Partizipation dagegen ist durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure beziehungsweise Bürgerinnen und Bürger organisiert (Voss 2014). Dadurch ergibt sich ein breites Spektrum politischer Partizipationsmöglichkeiten, das theoretisch allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht.

Im Bereich der unkonventionellen politischen Beteiligung deuten sich, im Gegensatz zu der konventionellen politischen Beteiligung, nur geringe Geschlechterunterschiede an. Frauen nehmen zum Beispiel etwas häufiger an Unterschriftensammlungen teil als Männer (Roßteutscher et al. 2015a). Alles in allem liegen bei unkonventioneller politischer Partizipation, bei der Mitarbeit an Bürgerinitiativen, der Teilnahme an Demonstrationen, der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten oder bei Produktboykotten nur geringe Geschlechterunterschiede vor (Brundidge et al. 2013; Lister 2003).

Diese unkonventionellen Formen politischer Beteiligung unterlagen seit der Zeit des Bestehens der Bundesrepublik Veränderungen. Sie entwickelten sich über die Jahrzehnte hinweg zu neuen Formen. Während in den 1960er- und 1970er-Jahren Demonstrationen, politische Versammlungen und Unterschriftenaktionen die Hauptmöglichkeiten zur politischen Beteiligung neben Wahlen und der Parteienarbeit darstellten, kamen mit dem Wechsel des Jahrtausends mit der Verbreitung des Internets zusätzliche neue Beteiligungsformen auf. Durch das *World Wide Web* haben sich zahlreiche Möglichkeiten zur politischen Information und Einflussnahme entwickelt. Dadurch resultieren neue Optionen zur politischen Beteiligung,

die über die konventionellen, althergebrachten Formen der politischen Partizipation hinausgehen. Dabei ergeben sich eine Fülle von Chancen, jedoch nicht ohne gewisse Risiken und Unsicherheiten.

Ein großes Potential des Internets liegt sicherlich in seiner Omnipräsenz: Es ist in Alltag, Wirtschaft und Bildung nicht mehr wegzudenken und hat Kommunikation, Alltagsorganisation und Aktivitätsmuster geprägt und verändert. Die so genannten *Digital Natives*, die Kohorte derjenigen, die mit dem Internet aufgewachsen sind, ist mit Smartphones und Tablets permanent online (Palfrey & Gasser 2010; D21-Digital-Index 2017). Soziale Netzwerke wie *Instagram* oder Instantmessenger wie *WhatsApp* bestimmen bei den zum Zeitpunkt dieser Untersuchung unter 36-Jährigen die Kommunikation. Teilweise prägen sie diese sogar mehr als die face-to-face-Verständigung. Die Kommunikation über das Internet kann weltweit in Echtzeit erfolgen, was einerseits Beschleunigung, andererseits aber auch permanentes online-sein und entsprechende Präsenz und Aufmerksamkeit erfordert. Dem eigenen Smartphone kann eine große, zuweilen persönliche Bedeutung zu kommen, da es das individuelle Leben als essenzielles Kommunikations- und Organisationsmedium prägt.

Die Digitalisierung beeinflusst nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Digitale Kompetenzen werden in annähernd allen Lebensbereichen unerlässlich. Nicht nur Kommunikations-, sondern auch eine Flut an Informationsmöglichkeiten ergeben sich durch die Digitalisierung. Die meisten Informationen sind in Deutschland im Netz frei verfügbar. Zumindest grundlegende Information über politische Belange ist eine Voraussetzung für politische Partizipation. Die leichte Zugänglichkeit zu breit gefächerten Informationen aus aller Welt, zu Themen der Politik und des Weltgeschehens sollten zu quantitativ und qualitativ besserer Partizipation führen können. Als globales Meta-Medium⁸ schließt das *World Wide Web* andererseits diejenigen aus, die sich dem verweigern, nicht die Kompetenzen haben, damit umzugehen oder keinen Zugriff auf das Internet haben. Vor allem bei den jüngeren Kohorten ist die Akzeptanz des Internets jedoch mehr als hoch und prägt das Lebensgefühl. Zudem bietet das Internet auf den ersten Blick Chancengleichheit und etliche Mitbestimmungs- und Kooperationsmöglichkeiten.

⁸

Zur Erläuterung des Internets als Meta-Medium siehe Kapitel 7.

Bezüglich der täglichen Nutzung des Internets liegen die Geschlechterunterschiede in einem mäßigen Bereich von rund 2% Prozentpunkten. Männer sind außerdem etwas länger als Frauen täglich online. Bei der mobilen Internetnutzung finden sich hingegen kaum Differenzen (ARD/ZDF-Onlinestudie 2018). Männer und Frauen verwenden die unterschiedlichen Anwendungen und Formen im Internet jedoch nicht gleich. Frauen nutzen etwas mehr als Männer Online-Communities wie *Facebook*. Männern hingegen lesen etwas häufiger täglich Artikel und Berichte im Internet (ARD/ZDF-Onlinestudie 2018). Der Blick auf den Datenverkehr im Internet zeigt eine Verursachung von rund einem Drittel des Traffics durch Pornografie, welche hauptsächlich von Männern konsumiert wird (Netzsieger.de 2017).

Dennoch bietet das Internet zahlreiche Möglichkeiten für top-down als auch für bottom-up-Beteiligung. Bei letzterem können Themen und Problemlagen frei gewählt werden und durch soziale Netzwerke und andere Plattformen Gehör und Unterstützende finden. Netzaktivismus jeder Art kann so ermöglicht und leicht zugänglich werden. Dazu gehören auch feministische Debatten. Die sogenannte *Call-Out-Culture* ermöglicht es, sich im Internet gemeinsam über etwas zu empören. Hashtags wie #aufschrei, #metoo, #metwo, #ungleichland oder #unbezahlt auf *Twitter* machen sich die katalysierende Wirkung des Internets zunutze und stoßen so teilweise auf breite Resonanz, wie sie offline nicht möglich wäre, da kaum eine solch heterogene Masse an Teilnehmenden erreicht werden könnte. Einschränkend zu erwähnen ist, dass sich dieser Aktivismus auf einen beschränkten Personenkreis bezieht und oft Themenbezogen ist.

Top-down-Beteiligung⁹ schließt hingegen Plattformen ein, die eingesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürger formell und informell an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Dazu liegen verschiedene Beteiligungsformen und Verbindlichkeitsstufen zu unterschiedlichen Themen vor. Entsprechende Verfahren finden auf bundesweiter, aber vor allem auf kommunaler Ebene statt. Dazu gehören unter anderem Bürgerhaushalte, bei denen die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde

⁹ Dieser Abschnitt wurde bereits in einer frühen Version eines Artikels zur Online-Bürgerbeteiligung in leicht abgeänderter Version erwähnt (vgl. Schöttle 2016a).

in die Finanzplanung derselben miteinbezogen werden und online über die Verwendung von Geldern debattieren können. Als ein weiteres Beispiel können Lärmaktionsplanungen aufgeführt werden, bei denen ebenfalls online darüber abgestimmt werden kann, an welchen Orten in einer Stadt entsprechendes Potential für Lärmaktionsmaßnahmen vorliegt. Weiterhin zählen Verfahren im Bereich der Stadtentwicklung und -planung, des örtlichen Mängelmanagements und der Bauleitplanung dazu. Immer mehr Kommunen setzen internetgestützte Bürgerbeteiligung ein, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Dies kann kommunale Demokratie lebendig und bürgernah machen, bringt aber auch neue Herausforderungen mit sich. Auf dieser Art der Online-Partizipation soll ein Schwerpunkt liegen.

Darüber hinaus bietet das Internet die Möglichkeit, im Netz eigene Identitäten zu ermöglichen und zu inszenieren, wie es offline nicht möglich wäre. Genderidentitäten können sich im Internet anders entfalten als in der realen Welt. So können eigene Identitätsräume in mehr oder weniger geschützten Foren geschaffen werden. Nicht nur zur Identitätskonstruktion bietet das Internet zahlreiche Optionen. Das Netz kann die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ermöglichen, beispielsweise durch die Selbst- und Fremddarstellung von Individuen in sozialen Medien. Diese Entfaltungsmöglichkeiten der eigenen Persönlichkeit und Meinung gelten auch für den Bereich des Politischen. Zahlreiche Optionen zur Kommunikation und Mitgestaltung politischer Themen und Entscheidungen werden erst durch das Internet ermöglicht.

Die weite Verbreitung und vermeintliche Niedrigschwelligkeit des Internets birgt zahlreiche Chancen¹⁰. Wirkung, Verbreitung und Innovationspotential bringen jedoch nicht zwingend eine Verbesserung in verschiedenen Lebensbereichen mit sich. Mit Bezug auf politische Information, Meinungsbildung und politische Beteiligung ist weiter unklar, ob das Internet eine höhere Wahrscheinlichkeit der gendergerechten Partizipation mit sich bringt. Der Blick aus unterschiedlichen Perspektiven lässt vermuten, dass Geschlechterunterschiede und -ungleichheiten in verschiedenen und komplexen Dimensionen auftreten könnten. Ob Männer wie im offline-Leben im Internet in politischen Diskussionen konfrontativer auftreten und diskutieren als Frauen, ob von Frauen andere Themen als relevant empfunden

¹⁰ Dieser Abschnitt wurde in stark gekürzter und abgeänderter Form bereits in einem Artikel veröffentlicht (vgl. Schöttle 2017).

werden, ob ein herber Umgangston und eine ausbleibende Moderation auf Plattformen abschreckt, lässt sich bisher nur vermuten, wurde aber in Ermangelung geeigneter Daten nicht abschließend beantwortet.

Lenkt man den Blick auf den Kontext der Online-Partizipation, auf die Seite der Macherinnen und Macher, so ist davon auszugehen, dass die meisten Webseiten und Anwendungen von Männern programmiert werden, was durch einen gravierenden Männerüberhang im IT-Bereich verdeutlicht wird. Frauen sind in technischen und informatischen Bereichen nach wie vor in starkem Maße unterrepräsentiert: Das Internet, wie wir es heute kennen, wurde von Männern entwickelt. Von den Informatikstudierenden in der Bundesrepublik waren im Wintersemester 2017/18 rund 18% weiblich (vgl. Destatis 2018b: 36). In weniger als 10% der IT-Abteilungen in Deutschland arbeiten Frauen (Hänel 2017). Die großen Internetunternehmen wie *Google*, *Facebook*, *Amazon* oder *Twitter* sind unter männlicher Führung. Technik- und Computeraffinität werden tendenziell eher Männern und weniger Frauen zugeschrieben (Cassidy & Eachus 2002; Koch et al. 2008). Technische Strukturen und Bedingungen können den Kontext prägen, vor denen der politische Diskurs geführt wird und vor denen politische Partizipation stattfindet. Gesellschaftliche und politische Themen, Schlagzeilen und Problemstellungen verwenden das Internet als Meta-Medium (vgl. Beckert & Riehm 2013: 195f.). Sie werden gepostet, geteilt und können schließlich zu einem politischen Diskurs führen, welcher wiederum in Verbindung mit politischer Partizipation steht. In den Vorstandsetagen der politischen Online-Leitmedien sind Männer in der Überzahl, was ebenfalls Einfluss auf Themensetzung und Diskurs haben kann. Auf *Wikipedia* als führendem Online-Nachschlagemedium sind laut Drüecke 90% der Texte von Männern geschrieben. Kontroversen um Feminismus und *gender* werden auf *Wikipedia* nicht geduldet, beziehungsweise werden gelöscht (Drüecke 2015). Möglicherweise ergeben sich dadurch Auswirkungen auf das darüber hinaus gehende Online-Verhalten von Frauen und Männern, was weiter aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisch betrachtet werden muss.

Ohne Zweifel ist das Thema der Gleichberechtigung in der Politik zwischen Frauen und Männern in der Bundesrepublik von herausragender Relevanz. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, womit die teils drastische Unterrepräsentation